

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 6

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nun ist ja der Völkerbund um ein sehr zahlungskräftiges Mitglied, nämlich eben Rußland, verstärkt worden. Wir nehmen an, daß die Beiträge sich nach der Bevölkerungszahl des betreffenden Landes richten. Das würde für Rußland eine hübsche Summe ausmachen, was der Völkerbundskasse sehr zustatten kommt, da ja so viele andere Mitglieder, wie man immer wieder zu seinem Schmerze hört, ihr Betreffnis nicht bezahlen. Das wird bei Rußland nicht zu befürchten sein, das ja als sehr guter Zahler gilt.

Wir gelten sicher nicht als Lobredner unseres Bundesrates in seiner äußeren Politik; aber die einmütige Entschliebung, in Genf dem Eintritt Rußlands ein Nein entgegenzuhalten, und die Art, wie Herr Motta dort gesprochen hat, hat uns aufrichtig wohlgetan. Freilich konnte sich der Bundesrat auf die überwiegende Mehrheit des Landes stützen und vor allem: unsere Welschen waren gegen die Aufnahme Rußlands, was ihnen um so mehr zur Ehre gereicht, als sie ja sonst nicht gerne gegen den französischen Stachel lösen. Ganz herrlich wäre es nun, wenn man es sich leisten könnte, auf die freundlichen Bemerkungen: der Völkerbund sei nicht an Genf gebunden, zu antworten: und Genf ist ebenso wenig davon abhängig. Das Schicksal der Stadt scheint aber leider zu eng mit der Gesellschaft verknüpft zu sein, als daß man so auftrumpfen dürfte.

Auffallend an der Abstimmung ist, daß das allerchristlichste Österreich nicht gegen die Aufnahme der gottlosen, kirchenmörderischen Russen sich mit allen Kräften gewehrt hat. Aber seine Unabhängigkeit ist ja das Allerste aller Worte; muß es doch tanzen, wie Mussolini pfeift. Zum Schluß noch eine Frage: hat eigentlich unser auswärtiges Departement nicht versucht, vor der Abstimmung mit einigen andern Staaten, z. B. Schweden, Norwegen und etwa noch Dänemark sich ins Einvernehmen zu setzen, um sie auf unsere und Hollands Seite zu ziehen? Gut ab übrigens vor dem kleinen Portugal, das sonst immer in Englands Schlepptau segelt und wohl segeln muß. Das sind ganz unmaßgebliche Betrachtungen eines Bürgers, der wirklich sich unterzeichnen kann als

N e m o.

Wehrpolitische Rundschau

Kriegsgefahr auf allen Fronten. Die Ereignisse der letzten Monate im Ausland haben gezeigt, wie rasch sich in bewegter Zeit die politische Gruppierung der europäischen Mächte verändert. Gestern noch schien ein Zusammengehen von Deutschland und Italien gegen Frankreich möglich. Heute sucht Italien den Weg zu Frankreich und wendet sich schroff gegen Deutschland. Wie lange diese neue Konstellation Bestand hat, ist ungewiß. Für die schweizerische Landesverteidigung ergibt sich daraus der Grundsatz, daß alle Fronten bedroht sind und in Verteidigungszustand gesetzt werden müssen. Auf keinen Fall dürfen unsere Vorbereitungen von der Panik des Augenblickes oder gar von politischen Sympathien und Antipathien geleitet sein. Wir haben mit jedem Gegner zu rechnen und müssen auf alle Möglichkeiten gefaßt sein.

In französischen Zeitungen ist die Schweiz ebenso höflich wie dringend ersucht worden, durch Fortifikationen an ihrer Nordgrenze das französische Festungssystem gegen Deutschland zu vervollständigen. Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes hat in der Schlußkritik über die Manöver der 1. Division auf solche und andere ausländische Anregungen geziemend, aber deutlich geantwortet. Der Bundesrat, sagte er, studiere auch Mittel und Wege zur Verstärkung unserer natürlichen Verteidigungslinien; er verfare dabei nach seinem Gutdünken und aus eigenem

Entschluß: „Wir können die Ratschläge nicht annehmen, die man uns von außen her in dieser Sache zu geben für nötig findet.“

* * *

Geistige und moralische Mobilmachung. Die politische Aufregung in Europa hat unser Volk aufgerüttelt. Der nationalsozialistische Handstreich in Wien mußte auch den trägen Geistern deutlich machen, daß ein neuer Weltbrand überraschend ausbrechen kann. In der Kritik über die vor kurzem zu Ende geführten italienischen Truppenübungen hat der Duce erklärt: „Der Krieg kann jeden Augenblick losgehen, wir müssen nicht für den Krieg von morgen, sondern für den Krieg von heute vorbereitet sein.“ Kurz darauf las man im „Popolo d'Italia“, dem Leitblatt Mussolinis, daß vielleicht der Tag nicht mehr fern sei, wo die faschistischen Sturmtruppen zu Strafexpeditionen über die Landesgrenze hinaus aufbrechen werden. „L'Italia fascista può, se sarà necessario, portare oltre il tricolore“, hat der römische Diktator noch zu Zeiten Stresemanns in einer Senatsrede ausgerufen.

Wer hören will, der höre! Die Mahnzeichen kommen von allen Seiten. Still und immer stiller wird es im Lager der Armeegegner. Das Bewußtsein der Gefahr hat Wunder gewirkt. Es ist in weiten Kreisen, die bis vor kurzem noch gleichgültig oder gar armeefeindlich eingestellt waren, ein großer Umschwung eingetreten, und die „geistige und moralische Mobilmachung“, die Bundesrat Baumann in seiner Ansprache am Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest in Bern leßthin gefordert hat, ist in vollem Gange.

Nichts vermag den Sieg des Wehrgedankens besser zu belegen als die Tatsache, daß von den sechs Sozialisten, die kürzlich in der Nationalratskommission sich über die Erhöhung der Rekrutendienstzeit auszusprechen hatten, nur drei gegen die Vorlage stimmten. Und Müller, der sozialistische Stadtpräsident von Biel, hat erklärt, daß er entschiedener Anhänger der Landesverteidigung sei und sich über allfällige armeefeindliche Parteibeschlüsse hinwegsetzen werde.

* * *

Neuordnung der Ausbildung. Leider ist die Vorlage vom militärischen Standpunkte aus nicht als durchwegs glückliche Lösung zu bezeichnen. Gewiß, die Verlängerung der Infanterierekrutenschule um drei Wochen ist eine notwendige, seit langem geforderte Maßnahme. Die Frage ist nur, ob dieser Fortschritt durch die Nachteile der Vorlage nicht aufgewogen wird. Die vorgeschlagene Herabsetzung der Infanterieunteroffiziersschule von $4\frac{1}{2}$ auf 2 Wochen und die Verkürzung der Infanterieoffiziersschule um volle drei Wochen müssen die schwersten Bedenken erregen. Neben der in der bundesrätlichen Botschaft ausgesprochenen Befürchtung, daß bei erhöhter Dienstzeit sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht genügend Unteroffiziers- und Offiziersanwärter melden könnten, mögen auch finanzielle Rücksichten den Ausschlag gegeben haben. Richtig ist, daß der angehende Offizier in Zukunft als Rekrut und nachher als Unteroffizier eine längere Ausbildung erhalten würde, als dies bisher der Fall war. Dieser Zuwachs kann aber den Ausfall von drei Wochen Offiziersschule nicht ersetzen. Die Offiziersschule ist und bleibt die Pflanzstätte des Führertums. Hat doch Bundesrat Minger kürzlich selbst erklärt, daß es Sache der Offiziere sei, „unsern Soldaten die gleichen Tugenden beizubringen, die den Ruhm der Schweizer Truppen in der Geschichte begründeten“. Die ohnedies schon kurze Ausbildungszeit der Offiziersaspiranten um einen Drittel verkürzen wollen in einer Zeit, wo die Anforderungen an die Kenntnisse und den Charakter des jungen Führers fortwährend wachsen, ist ein Vorhaben, das schwerlich die Bewunderung der ausländischen Fachleute hervorrufen wird. Die bundesrätliche Botschaft widerspricht sich

selbst, wenn sie den Aufsatz eines französischen Generals zitiert, der sich kritisch über die Unzulänglichkeit unserer unteren Führung und ihre Unbeholfenheit im Gelände äußert, und dann einige Seiten später erklärt: „Bei der Infanterie können wir in Berücksichtigung der vermehrten praktischen Ausbildung die Offizierschule kürzen, in der Meinung, daß man sich dort dann lediglich auf die theoretische Führerausbildung beschränken kann.“

Es darf aber nicht übersehen werden, was für gewaltige Arbeit das Militärdepartement heute zu leisten hat, und wie schwer es ist, die Ziele mit den spärlichen Mitteln in Einklang zu bringen. Wer die eidgenössischen Amtsblätter liest, kann feststellen, daß auf den verschiedensten Gebieten unseres Wehrwesens intensivste Arbeit geleistet wird. Der Umbau und die Verstärkung unserer Landesverteidigung sind mit großer Energie begonnen worden. Das Ausmaß und die Bedeutung dieses gewaltigen Reformwerkes sind noch nicht überall begriffen worden. Hier ist unserer vaterländischen Presse die große und dankbare Aufgabe erwachsen, das Volk unablässig aufzuklären und in Atem zu halten.

* * *

Der Schutz des Hinterlandes. Der Schutz der Zivilbevölkerung, der Industrieanlagen und lebenswichtigen Betriebe ist den Kantonen übertragen worden. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, Beobachtungen darüber anzustellen, wie sich die einzelnen Kantone, vor allem die in erster Linie gefährdeten Stadtkantone, ihrer Aufgabe zu entledigen versuchen. Die Regierung von Basel-Stadt hat bereits einen Kredit für die Anschaffung von Luftabwehrbatterien bewilligt. Zürich organisiert eine Luftschutzausstellung, und der mehrheitlich sozialistische Stadtrat hat bereitwillig und in Erkenntnis des Ernstes der Zeit den nötigen städtischen Beitrag ohne weiteres bewilligt. Genf dagegen nimmt den traurigen Ruhm der Untätigkeit für sich in Anspruch. In der Völkerbundstadt sei kein Raum für die Propaganda des Luftschutzes, hat Nicole, dieser famose Eidgenosse, leztthin verkündet. Der Krug geht zum Brummen, bis er bricht. Und die Einleitung eines eidgenössischen Entmündigungsverfahrens gegen Freund Nicole wird von Tag zu Tag notwendiger. Man weiß wirklich nicht, über was man sich mehr wundern soll: über die Frechheit Nicoles oder die Langmut des Bundesrates.

Kurt Uebli.

Bücher Rundschau

Das Vorspiel zu Hitler.

Major a. D. B. L. Reynolds: Prelude to Hitler. A personal record of ten post-war years in Germany. 288 Seiten. Jonathan Cape, London.

Aus der Reihe der unbefangenen und unbeeinflussten Beurteiler Deutschlands hebt sich ein ehemaliger englischer Offizier, B. L. Reynolds, hervor, der in seinem kürzlich erschienenen Buche die Erlebnisse und Erfahrungen bei seinem zehnjährigen Aufenthalt in Deutschland wiedergibt. Das Buch verdient schon deswegen größte Beachtung, weil sein

Verfasser als Verbindungsoffizier zwischen den englischen Besatzungstruppen und der französischen und belgischen Besatzungsarmee die ganze Dauer der Rheinlandbesatzung an verantwortlicher Stelle mitgemacht und so ein gewiß unverdächtig und unbeeinflusster Zeuge dieser schwärzesten Nachkriegstage ist, und endlich, weil er zur Zeit der Auflösung und Mißwirtschaft des früheren Systems, während des jahrelangen latenten Bürgerkrieges, inmitten von Zersetzung und der Umwertung aller Werte